



CARACAS ANZEIGER

EL ANUNCIADOR DE CARACAS



DEUTSCHSPRACHIGES WOCHENBLATT FÜR VENEZUELA

Jahr IV — No. 40

Caracas, den 21. November 1957

Preis Bs. 0,50 (Interior 0,621/2)

Sensationelle Dokumente beweisen:

Berlin finanzierte vor 40 Jahren die "Prawda"

HAMBURG, (dpa). — Sensationelle amtliche Dokumente über eine umfangreiche finanzielle Unterstützung der Bolschewisten durch das kaiserliche Deutschland veröffentlichte die unabhängige norddeutsche Tageszeitung "Die Welt" zum 40. Jahrestag der sowjetischen Oktober-Revolution.

Die bisher unveröffentlichten Auszüge aus den Akten des Auswärtigen Amtes in Berlin zeigen, dass ohne diese Unterstützung der Sieg Lenins im Jahre 1917 sehr viel schwieriger gewesen wäre. Der Bericht der "Welt" stammt von Julius Epstein, einem der besten Kenner der deutschen Aktenbestände in den USA. Zu den Akteuren dieses wohl dunkelsten Kapitels der Geschichte des Wilhelmischen Deutschlands gehören unter anderem als Mitwisser und Initiatoren Kaiser Wilhelm II., General Ludendorff (Generalquartiermeister im Generalstab) und die Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg und Graf von Hertling. Sie gaben den Bolschewisten Hunderte von Millionen Mark in dem Glauben, deren Sieg über den Zarismus würde den Krieg beenden. Dadurch hofften sie, die deutschen Truppen von der Ostfront abziehen und im Westen einsetzen zu können.

Am 3. Dezember 1917 verfasste der Staatssekretär im Berliner Auswärtigen Amt, Richard von Kühlmann, für den Kaiser ein Memorandum, das das Ausmass der deutschen Unterstützungen für die Bolschewisten

zeigt. Darin heisst es unter anderem: Die destruktive Arbeit, die wir hinter der Front in Russland vornehmen liessen, dienste in erster Linie der Förderung der separatistischen Tendenzen und der Unterstützung der Bolschewiki. Erst unsere Mittel haben es ihnen ermöglicht, ihr Hauptorgan "Prawda" auszugestalten. Ausserdem konnten sie dadurch eine energische Aktion betreiben und die anfangs schmale Basis ihrer Partei verbreitern.

Die deutschen Zuwendungen an die Bolschewisten hörten mit der Machtergreifung Lenins keineswegs auf, sondern wuchsen von Monat zu Monat weiter. Am 3. Juni 1918 forderte der deutsche Gesandte in Moskau, Wilhelm Graf von Mirbach, vom Auswärtigen Amt in Berlin in einem Telegramm drei Millionen Mark für die Unterstützung der Bolschewisten. Aus einer Notiz für den Staatssekretär im Reichsschatzministerium, Siegfried Graf von Roedern, vom 5. Juni 1918 geht hervor, dass der kaiserliche Gesandte in Moskau zu jener Zeit monatlich 3 Millionen Mark erhielt, um die Bolschewisten an einem Überschwemmen in das "Fahrwasser der Entente" zu verhindern. Am 11. Juli 1918 erklärte sich von Roedern in einem Geheimschreiben an Staatssekretär von Kühlmann bereit,

"für den fraglichen Zweck" 40 Millionen Mark zu bewilligen. Für die Förderung der sowjetischen Presse hielt die deutsche Botschaft in Moskau nach einem Bericht vom 17. Juni 1918 rund 200 Millionen Mark für unbedingt notwendig.

Nach der bolschewistischen Machtergreifung wurde die kaiserliche Regierung in Berlin durch ihre diplomatischen Vertretungen in Petersburg und Moskau laufend über die Greuelthaten in Russland unterrichtet. Die Vertretungen empfahlen immer wieder die Einstellung der Unterstützung für das bolschewistische Regime, aber ihre Warnungen waren vergeblich. In einem Memorandum, das der deutsche Generalkonsul in Petersburg, Breiter, am 21. September 1918 dem Reichskanzler Graf von Hertling übermittelte, heisst es: "Weder in den Regierungskreisen der Reichshauptstadt noch hier in Petersburg hat man auch nur einen annähernden Begriff von der vielschichtigen Brutalität, mit der Vertreter der sogenannten Regierung gegen die täglich immer raffinierter geknechtete und misshandelte Bevölkerung vorgehen. Mordbrenner-Banden durchziehen mit offiziellen Dekreten versehen das Land, plündern, stehlen, notzüchtigen Frauen, Mädchen und Kinder, werfen Leute ins Gefängnis..."

Knapp 369.000 Arbeitslose in Westdeutschland

NÜRNBERG, (dpa). — Die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland blieb im Oktober mit 368 640 gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres lag sie um rund 57 000 höher.

Anderthalb Millionen Wiedergutmachungsansprüche

BONN, (dpa). — 1,5 Millionen Deutsche und 150 000 Ausländer haben bisher als Hitler-Verfolgte Wiedergutmachungsansprüche in Bonn angemeldet. Man rechnet damit, dass diese Zahl sich noch erhöht, nachdem die Frist für solche Ansprüche noch einmal - bis zum 30. März 1958 - verlängert wurde.

Der Gesamtaufwand für diese individuellen Wiedergutmachung wird von den Fachleuten jetzt auf 23,5 Milliarden D-Mark geschätzt. Die westdeutschen Bundes- und Länder-Etats sehen allein im Jahr 1958 2,5 Milliarden D-Mark für Wiedergutmachungsleistungen vor. Bisher wurden zwei Milliarden D-Mark ausgezahlt. Es müssten also noch 19 Milliarden D-Mark aufgebracht werden.

Rhodesien sucht deutsche Techniker

Deutsche Auswanderer, die in den letzten Jahren in Süd-Rhodesien, Nord-Rhodesien und Njassaland eine neue Heimat fanden, haben sich ohne grosse Schwierigkeit eine Existenz aufgebaut können. Ihre Einwanderung ist sehr erwünscht. Fachkräften bietet sich bei der industriellen Entwicklung des Landes eine gute Aufstiegsmöglichkeit.

Basel führt Frauenstimmrecht ein

BERN - SDA. — In einer Volksabstimmung im Kanton Basel wurde im Stimmenverhältnis von zwei zu eins beschlossen, es sei den Frauen in Gemeindeangelegenheiten das Stimm- und Wahlrecht zu gewahren. Die einzelnen Gemeinden des Kantons waren damit berechtigt, ihr Gemeindegesetz entsprechend abzuändern. Vorher muss aber noch das eidgenössische Parlament der Volksabstimmung die Gewähr des Bundes erteilen, da es sich um eine Aenderung einer kantonalen Verfassung handelt.

Basel ist der erste schweizerische Kanton, der sich für das Frauenstimmrecht in den Gemeinden ausgesprochen hat.

Wirtschaftsminister von Niedersachsen

zu einem inoffiziellen Besuch in Caracas

Morgen, Freitag, wird Herr Alfred Kubel, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG Hannover und neuernannter aktiver Wirtschaftsminister von Niedersachsen



MINISTER ALFRED KUBEL

zu einem dreitägigen inoffiziellen Besuch in Caracas eintreffen. Herr Kubel befindet sich im Auftrage der Hannoveraner Messe auf einer Studienreise durch Südamerika und wurde erst für den 3. Dezember in Caracas erwartet, wo aus die-

sem Anlass ein Essen in der Handelskammer und die Durchführung eines Dokumentarfilmes vorgesehen war. Infolge seiner Ernennung zum Landesminister wurde dieser Besuch jedoch vorverlegt und in seiner Dauer gekürzt.

Landesminister Kubel bekleidet die Stellung eines niedersächsischen Wirtschaftsministers schon in den ersten Nachkriegsjahren und war in dieser Eigenschaft 1947 einer der Mitbegründer der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG Hannover, deren Aufsichtsrat er noch heute angehört. Er ist 48 Jahre alt, von Beruf Industriekaufmann, wurde 1948 zum Ministerpräsidenten von Braunschweig berufen und gehörte der Regierung des später gebildeten Landes Niedersachsen bis 1955 an, zuletzt als Finanzminister.

Anschließend war Herr Kubel in der Privatindustrie tätig und unternahm eine Reihe von Informationsreisen, die ihn durch Europa, nach Afrika, den USA, Moskau und Leningrad und zuletzt nun nach Südamerika führten.

Aus der Festschrift der Venezolanisch-Deutschen Handelskammer

Praktische Winke zum venezolanischen Wechselrecht

Dr. Guenther Simon

(II)

Auch der Aval ist im venezolanischen Recht anders als im deutschen geregelt. Während prinzipiell die Wechselbürgschaft im deutschen Recht als Akzept interpretiert wird, bezieht sich der Aval im venezolanischen Recht auf den Aussteller, nur wenn ausdrücklich vermerkt wird, dass der Aval "por cuenta del aceptante" gegeben wird, kann man den Avalisten wie einen Akzeptanten in Anspruch nehmen.

Das venezolanische Recht kennt auch kein Aufgebotsverfahren; der verlorene Wechsel kann zwar durch eine Kopie oder ein Duplikat ersetzt werden, aber es muss Vorsorge getroffen werden, meistens durch Garantie in Form von Bürgschaften, den den Wechsel Zahlenden gegen eine spätere Klage eines gutgläubigen Dritten, der den verlorenen Wechsel mit Erfolg geltend machen kann, zu schützen.

Das venezolanische Recht enthält keinerlei Bestimmungen über die Form des Protestes eines Wechsels, sei es wegen Mangels der Annahme, sei es wegen fehlender Zahlung. In der Praxis wird der Wechsel durch einen Richter oder in Caracas

durch den Notar, einem Staatsbeamten, dem einige richterliche Funktionen übertragen worden sind, dem Wechselverpflichteten vorgelegt und das Ergebnis in dem entsprechenden Akt festgehalten. Dieses Verfahren ist verhältnismässig teuer und zwar wird die Gebühr nach der Dauer des Aktes berechnet. Dazu kommt, dass der Richter oder Notar in Übereinstimmung mit der Zivilprozessordnung nur dann dem Ersuchen stattgeben kann, wenn der Wechsel in Spanisch abgefasst ist, oder zum Mindesten durch einen beglaubigten Übersetzer ins Spanische übertragen worden ist. Auch die Übersetzungskosten sind unabhängig vom Wert und betragen wenigstens DM 25,—. Damit nicht genug, muss der Protest nach einer, wenn auch bestrittenen Auffassung, durch einen Anwalt eingereicht werden, der wiederum eine detaillierte Vollmacht braucht; handelt es zB. im Namen einer Bank, so muss die Vollmacht auch genaue Angaben darüber enthalten, ob die betreffende Gesellschaft existiert, wann sie im Handelsregister eingetragen worden ist

(Schluss Seite 10)

Deutsche Beteiligung an Ausstellung in Caracas

HAMBURG, (dpa). — Westdeutschland wird sich offiziell an der Internationalen Ausstellung 1960 in Caracas beteiligen. Damit ist klar, dass die ursprünglich für 1958 oder 1959 geplante eigene Deutsche Industrie-Ausstellung in Venezuela nicht mehr akut ist.

Von den am Venezuela-Geschäft interessierten Aussenhandelsfirmen wird die endgültige Entscheidung begrüsst. Die Ausstellung soll im Frühjahr 1960 eröffnet werden und dauert sechs Monate.

Die Aussenhandelsbeziehungen zwischen Westdeutschland und Venezuela haben sich in den vergangenen Jahren sehr günstig entwickelt. Von allen Lateinamerika-Ländern nimmt Venezuela, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, bei weitem am meisten deutsche Waren auf. Die Käufe Venezuelas nehmen ständig zu. Darüber hinaus hat auch Venezuela seine Lieferungen nach der deutschen Bundesrepublik merklich steigern können.

Handel und Gewerbe

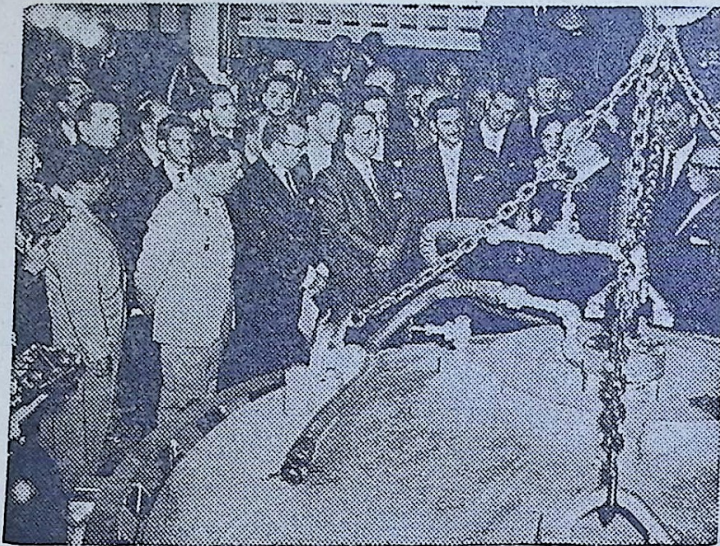
und die gesetzlichen Bestimmungen über ihre Ausführungen in Venezuela

XXV.

Steuerfrei geltende Beträge werden unter folgenden Grundsätzen berücksichtigt: a) für die Ehefrau Bs. 4.000.- und einen Freibetrag von Bs. 3.000.- für jeden Verwandten in aufsteigender oder absteigender Linie, ausgenommen Abkömmlinge, die das 21. Lebensjahr überschritten haben, sofern sie nicht arbeitsunfähig sind; b) einen Freibetrag von Bs. 900.- für jede andere Person, die mit dem Steuerpflichtigen in Hausgemeinschaft lebt; c) Beträge, die an Ärzte oder Zahnärzte, wegen einer ärztlichen Behandlung gezahlt worden sind, so-

“Cauchos / Gigantes”

erstmal in Venezuela hergestellt



Am vergangenen Donnerstag Installationskosten der Anlage.

Dietrich F. Gerstel

Buchhaltungen

Bücherrevisionen

Einkommensteuer

Juristische Beratungen

Gründung von Gesellschaften

SABANA GRANDE
CARACAS

CRISTO A MANGUITO
QUINTA BETTINA
Telefon 71.04.12